Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 31. Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
09. November 2006	**15.30 Uhr**	**16.15 Uhr**	Rembertiring 8-12. Bremen

Teilnehmer/innen:
siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 05. Oktober 2006	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Ordnung zur Änderung der Verordnung über die Abiturprüfung für Schülerinnen und Schüler nicht anerkannter Ersatzschulen und für Nichtschülerinnen und Nichtschüler im Lande Bremen	Vorlage L 221
TOP 5	Schuldatenschutzgesetz	Vorlage L 222
TOP 6	Novelle der Sonderpädagogikverordnung vom 14.04.1998	Vorlage L 223
TOP 7	Beratungsschwerpunkte der 315. Plenarstitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister und –senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 19./20. Oktober 2006 in Berlin	Vorlage L 224
TOP 8	Zuerkennungsverordnung	Vorlage L 225
TOP 9	Einführung einheitlicher Schulkleidung	Vorlage L 226
TOP 10	Hausunterricht	Vorlage L 227

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird um den TOP 10 „Hausunterricht“ (Vorlage L 227) ergänzt. Die Tagesordnung wird mit dieser Ergänzung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 05. Oktober 2006

Das Protokoll vom 05. Oktober 2006 wird ohne Änderung beschlossen.

TOP 3 Verschiedenes

1) Die Vorlage des Schulausschusses zum **Unterrichtsausfall in Bremerhaven** wurde allen Deputierten zur Verfügung gestellt.

2) Die Antwort auf die Frage von Herrn Rohmeyer zum Auswahlverfahren der **ersten Bremer Europa-Schule** wurde versandt.

3) Die Darstellung zur **Essensversorgung an Bremerhavener Gymnasien** wurde verteilt.

4) Eine Information über das **Landschulheim „Verdener Brunnen“** und eine Anfahrtsskizze für die Sitzung am 21.12.2006 im Landschulheim wurde versandt.

5) Die Deputation für Bildung stimmt zu, die **Sitzungen im nächsten Jahr** um 10.15 Uhr zu beginnen.

6) Frau Böschen berichtet, dass die Hochschule Bremerhaven und die Zentralstelle zur Gleichstellung der Frau in den Herbstferien ein **Schnupperstudium für Schülerinnen** der 6-7 Klasse angeboten haben. Sie dankt den Initiatorinnen und Initiatoren für diese gelungene Maßnahme.

7) Frau Stahmann bittet im Dezember eine Vorlage zur geplanten **Schülerdatenbank** vorzulegen. Senator Lemke sagt dies zu, und schlägt vor, den Datenschutzbeauftragten Herrn Holst ebenfalls zu dieser Sitzung einzuladen.

8) Frau Stahmann weist auf ihre Verabredung mit Frau von Ilsemann hin, nach der die Vorlage zu den **Qualitätsstandards** im März vorgelegt werden soll.

TOP 4 Ordnung zur Änderung der Verordnung über die Abiturprüfung für Schülerinnen und Schüler anerkannter Ersatzschulen und für Nichtschülerinnen und Nichtschüler im Lande Bremen **Vorlage L 221**

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt dem anliegenden Entwurf einer Ordnung zur Änderung der Verordnung über die Abiturprüfung für Schülerinnen und Schüler nicht anerkannter Ersatzschulen und für Nichtschülerinnen und Nichtschüler zu.

TOP 5 Schuldatenschutzgesetz **Vorlage L 222**

Senator Lemke weist darauf hin, dass die Vorlage nach intensiven und konsensorientierten Gesprächen geeint werden konnte. Frau Stahmann bekräftigt dies. Herr Holst ergänzt, dass der Beratungsprozess sehr positiv verlaufen sei, wenngleich ein etwas schnelleres Vorgehen wünschenswert gewesen wäre. Der erhebliche Regelungsbedarf ist auf die neuen EU-Regelungen und das neue Bremische Datenschutzgesetz zurückzuführen. Das alte Bremische Datenschutzgesetz untersagte zum Beispiel den Lehrkräften, ihre schülerbezogenen Daten elektronisch zu speichern. Die zur Sicherung des Informellen Selbstbestimmungsrechts der Schülerinnen und Schüler gefundenen Regelungen seien sehr praktikabel.

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt der Neufassung des Schuldatenschutzgesetzes gemäß der Anlage 1 sowie der Rechtsverordnung gemäß der Anlage 2 zu und bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft, den Gesetzentwurf an den Senat zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

TOP 6 Novelle der Sonderpädagogikverordnung vom 24.04.1998 **Vorlage L 223**

Herr Willmann betont, das von Seiten der Fraktion Bündnis 90/die Grünen noch einige Vorbehalte gegenüber dem Entwurf bestehen. Nicht alle von seiner Fraktion im Vorfeld gemachten Vorschläge wurden aufgenommen. Er weist darauf hin, dass von seiner Seite noch Beratungsbedarf besteht, der jetzt im Beteiligungsverfahren angemeldet werden wird. Herr Rohmeyer dankt der Behörde für die Vorlage. Er bekräftigt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens noch genügend Gelegenheit bestehen wird, den Entwurf ausführlich zu debattieren und zu ändern. Einige der von den Grünen gemachten Vorschläge würden allerdings schulgesetzliche Änderungen erforderlich machen, was nicht praktikabel ist. Frau

Schmidtke begrüßt die Vorlage insgesamt, besonders jedoch die Möglichkeit der Verlängerung der Schulzeit und die Verbesserung der Elternmitwirkung. Frau Stahmann äußert ihre Skepsis im Bezug auf den Haushaltsvorbehalt. Sie betont die Auffassung ihrer Fraktion im Bezug auf Verhaltensauffälligkeiten zum Zeitpunkt der Einschulung der Kinder. Frau Schmidtke weist auf den im Unterausschuss getroffenen Mehrheitsbeschluss hin, nach dem Kinder soweit möglich nicht von vornherein stigmatisiert werden sollen, sondern zunächst die Grundschulförderung erfahren sollen und soweit nötig sonderpädagogisch gefördert werden sollen. Herr Rohmeyer unterstützt dies.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den anliegenden Entwurf der Novelle der Sonderpädagogikverordnung zur Kenntnis.

TOP 7 Beratungsschwerpunkte der 315. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister- und –senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 19./20. Oktober 2006 in Berlin **Vorlage L 224**

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 8 Zuerkennungsverordnung **Vorlage L 225**

Herr Willmann fragt wieso die Durchlässigkeit bezüglich des erweiterten Hauptschulabschlusses eingeschränkt wurde. Herr Kaschner erläutert, dass dies mit dem berufsorientierten Abschluss, den die Schülerinnen und Schüler der entsprechenden Profilklasse in der Sekundarschule am Ende der 10. Jahrgangsstufe erwerben, zusammenhänge. Ein einjähriger ergänzender Besuch der Berufsschule ermöglicht dann aber den Erwerb weiterer Abschlüsse.

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt der Änderung der Zuerkennungsverordnung gemäß der Anlage 2 zu.

TOP 9 Einführung einheitlicher Schulkleidung **Vorlage L 226**

Frau Stahmann wirft die Frage auf, wie die Eltern, denen nach Hartz IV ein Regelsatz von 207 Euro pro Kind zur Verfügung stehe, die 80 Euro für die Schulkleidung bezahlen sollen. Herr Rohmeyer bemerkt, dass die Möglichkeit einer sozialen Stafflung bereits in der Bürgerschaft diskutiert wurde. Er weist darauf hin, dass eine Kleidung für die Kinder in jedem Fall angeschafft werden müsse. Ein mögliches Modell für eine sozialverträgliche Regelung der Schulkleidungskosten kommt seiner Ansicht nach aus Hamburg. Dort zahlen alle Schülerinnen und Schüler 50 Cent pro Kleidungsstück mehr, dann erfolgt in der Schule eine soziale Staffelung. Frau Hövelmann erläutert, wenn sich eine Schulkonferenz mit 2/3 Mehrheit für die Einführung einer einheitlichen Schulkleidung entschieden habe, so müsse dies akzeptiert werden und auf die sozialverträgliche Umsetzung geachtet werden. Senator Lemke betont, dass keine Klasse Schülerinnen oder Schüler aus sozialen Gründen ausschließen dürfe. Er hoffe, dass durch die Einführung einer identitätsstiftenden Schulkleidung unter der Berücksichtigung sozialer Aspekte dem zunehmenden Markwahn entgegengewirkt werden könne.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Sachstandsbericht zum Bürgerschaftsbeschluss „Einführung einheitlicher Schulkleidung“ sowie dem Entwurf eines Faltblattes für die Schulen zum Thema zur Kenntnis.

TOP 5 Heimunterricht **Vorlage L 227**

Frau Stahmann berichtet, dass die Familie Kontakt mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufgenommen habe. Die Argumente der Familie müssten angehört und abgewogen werden. Die Rechtsposition des Ressorts sei klar und verständlich. Sie fragt, ob es andere Fälle in anderen Bundesländern gebe. Herr Kaschner erwidert, dass aus Hamburg und Nordrhein-Westfalen Fälle bekannt sind. Die Hamburger Familie seien zwischenzeitlich ins Ausland gezogen, die Familie in NRW haben sich bis zum Bundesverfassungsgericht durch alle Instanzen geklagt. Frau Stahmann betont, dass eine Entscheidung in dieser Sache nicht ganz leicht falle. Die Probleme, die durch Hausbeschulung entstehen, müssen mit den Rechten des Einzelnen abgewogen werden. Herr Rohmeyer betont, dass die Schulbesuchspflicht richtig und wichtig ist. Sollten Ausnahmen hiervon zugelassen werden, wird Tür und Tor für Personen geöffnet, die diese Möglichkeiten nicht verantwortungsbewusst nützen. Frau Hövelmann erläutert, dass durch die Schulbesuchspflicht nicht nur die Wissensvermittlung sichergestellt werden soll, sondern vor allem auch die Sozialkompetenz der Kinder gestärkt werden soll. Senator Lemke lobt das besonnene Vorgehen der Verwaltung in diesem kniffligen Fall. Herr Kaschner berichtet, dass die Eltern vermutlich Berufung einlegen werden, auch wenn das Gericht eigentlich nicht zu einem anderen Urteil kommen kann. Er betont, dass, auch wenn die Eltern einen verantwortungsbewussten Eindruck machen, dies nicht zu einer Ausnahme führen dürfe, da vor dem Hintergrund des Gesetzes Individualabsprachen dann auch von anderen für sich in Anspruch genommen werden könnten.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht des Senators für Bildung und Wissenschaft zur Kenntnis und bittet um angemessene Unterrichtung über den weiteren Gang des Verfahrens.

Senator Sprecherin Protokollantin